

Ressort: Politik

CDU fürchtet Abstimmung über Todesstrafe in türkischen Konsulaten

Berlin, 21.04.2017, 01:01 Uhr

GDN - In der CDU wird Sorge darüber laut, die in Deutschland lebenden Türken könnten in naher Zukunft erneut auf deutschem Boden an die Wahlurnen gehen - für eine Volksabstimmung über die Todesstrafe in ihrem Heimatland. Die Integrations-Expertin der nordrhein-westfälischen CDU, Serap Güler, forderte die Bundesregierung auf, genau das zu verbieten.

"Es kann nicht sein, dass in irgendeinem Generalkonsulat auf deutschem Boden über die Todesstrafe entschieden wird. Da muss die Bundesregierung ein ganz klares Zeichen setzen", sagte Güler, die auch Mitglied im CDU-Bundesvorstand ist, am Donnerstagabend in der ZDF-Sendung "Maybrit Illner". Bereits beim Referendum über ein Präsidialsystem unter Führung von Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan hätten Türken in Deutschland "über eine Verfassungsänderung abgestimmt, mit deren Konsequenzen man nicht leben muss". Das mache wütend. Bei dem von Erdogan angestrebten Referendum über eine Einführung der Todesstrafe erwarte sie aber von der Bundesregierung, "dass sie ganz klar sagt: Dieses Referendum wird nicht in Deutschland entschieden." Erdogan hatte nach seinem umstrittenen Sieg beim Verfassungsreferendum eine neue Volksabstimmung über die Einführung der Todesstrafe ins Spiel gebracht. Nach türkischem Recht dürften auch dann wieder Türken in Deutschland abstimmen. Unterdessen verlangt der Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Alexander Graf Lambsdorff, von der deutschen Politik, ihre Partnerschaft mit dem islamischen Dachverband Ditip aufzugeben. Seitdem Erdogans Partei AKP "die Reislaminisierung der Türkei betreibt, hat sich auch Ditip völlig verändert und kann deswegen kein Partner sein, für deutschen Islam-Unterricht beispielsweise", sagte Lambsdorff in der Sendung. Die Türkei entsende Imame, "die haben vom Leben in Deutschland keine Ahnung, die kennen auch unser Grundgesetz gar nicht".

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-88303/cdu-fuerchtet-abstimmung-ueber-todesstrafe-in-tuerkischen-konsulaten.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com